

Gerade die technische Seite der Frage wird immer mehr in den Vordergrund treten, je mehr man dazugeht, an Stelle vieler guter Durchschnittsfilms wenige große Werke zu schaffen, die auf dem Weltmarkt die Stellung einnehmen, die wir für die deutsche Filmindustrie erwarten.

Ob München und Dresden heute schon so weit sind, Kristallisationspunkt für eine Fabrikationszentrale innerhalb der deutschen Industrie zu werden, möchte ich nicht entscheiden. Eine Zentralisation im Westen des Reichs von irgendwelcher Bedeutung halte ich dagegen für ausgeschlossen. Es wird allerdings bei intensiver Arbeit dem einen oder andern Unternehmen gelingen, beachtenswerte Fabrikationsfabrikate zu erzielen. Es wird auch sehr gut möglich sein, und die Rheinische Lichtbild-A.-G. hat das ja bewiesen, die Verwaltung großer Unternehmen irgendwo in der Provinz zu zentralisieren und die landschaftlichen Schönheiten oder die Kräfte großer bedeutender provinzieller Bühnen in den Dienst des Films zu stellen, aber das, was wir unter Innenaufnahmen verstehen, sowie alle die verschiedenen technischen Manipulationen, wird man immer nach Berlin verlegen, weil dort vorläufig und in absehbarer Zeit, soweit Innenaufnahmen in Frage kommen, einzig und allein Qualitätsarbeit zu leisten ist.

Auf ein recht gefährliches Gebiet begibt sich aber der Verfasser jenes Artikels, wenn er Organisationen innerhalb der Industrie als Vorspann für derartige Experimente benutzen will. Ganz so einfach, wie es in jenem Artikel ausgemalt ist, ist die Sache schließlich doch nicht. Gewiß hängt Verleiher und Fabrikant von der Unterstützung des Theaterbesitzers ab, aber er findet diese Unterstützung nur dann, wenn er gute Qualitätsarbeit leistet. Die Qualität wird aber nur immer wieder gesteigert, wenn im freien Konkurrenzkampfe jeder gezwungen wird, immer Besseres zu leisten. Daß sich, wie in dem Artikel vorgeschlagen wird, ganze Organisationen irgend einem provinziellen Unternehmen verschreiben, ist kaum auszudenken. Die vielgepriesene Freiheit des Theaterbesitzers und seine Unabhängigkeit dem Verleiher und Fabrikanten gegenüber

würde dann vollständig verlorengehen. Es ist auch gar nicht zu verstehen, was Empfehlungen und Unterstützungen von einzelnen Firmen mit verbandspolitischen Aufgaben zu tun haben. In das Arbeitsgebiet unserer Verbände gehören nur diejenigen grundlegenden Fragen, die für die ganze Industrie oder für die besonders organisierte Gruppe wichtig, wertvoll und brennend sind. Der Verband kann wohl da für den einzelnen eintreten, wo das Interesse der Allgemeinheit es aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für richtig und notwendig hält. Eine derartige Unterstützung wird aber meistens nur in materieller Beihilfe, wie z. B. bei Rechtsstreitigkeiten oder in ideellen Ratschlägen, z. B. in Gutachten usw. bestehen. Was sich für Zustände ergeben würden, wenn sich etwa der süddeutsche Verband zwei Münchener Fabriken verschriebe oder der rheinische Verband einer Düsseldorfer Gesellschaft, ist gar nicht auszudenken, um so weniger, als doch schließlich auch in Berlin einige Theaterbesitzer wohnen, die ihren Firmen ebenso zum Recht verhelfen wollten.

Finanzielle Beteiligung zur besonderen Stärkung von provinziellen Unternehmungen mit dem Kampfruf: „Los vom Rhein“ in einer Zeit anzuregen, wo man den Gedanken der Reichsverbände vertritt, erscheint außerordentlich komisch, ganz abgesehen davon, daß es praktisch ganz unmöglich ist, für Unterstützung der Fabrikation Geld festzulegen, solange man auf den Verbandstagen noch nicht einmal weiß, wie man den Etat des eigenen Vereins decken soll. Wer im übrigen die Geschichte unserer Verbände kennt, oder die Kurve der Ansichten über gewisse Dinge in gewissen Verbänden eingehend studiert, wird daraus einen Rückschluß auf den Wert von verbandsamtlichen Unterstützungen tun können, der vielleicht recht stützig macht. Gerade die führenden Kreise in unseren Organisationen sollten vorsichtiger sein mit dem, was sie in die Welt hinaussenden und eine Fachzeitung es sich vier-, fünfmal überlegen, ob solche Artikel, wenn man sie schon wegen der Persönlichkeit oder wegen ihrer Stellung in einer Organisation bringen will, nicht besser unter „Eingesandt“ erscheinen als an leitender Stelle. S p e k t a t o r.



## Der Kinobesitzer als Staatsbeamter.

Fast hat es den Anschein, als wolle der Staat beim Kino den großen Versuch wagen, die Volkskunst in eigene Verwaltung und in eigenen Betrieb zu nehmen. Zu dieser Annahme berechtigen die häufigen Meldungen der Uebernahme von Kinoteatern in städtische Regie, nicht minder die beabsichtigte Konzessionierung des Kinogewerbes. Ein derartiger Eingriff des Staates in die Volkskunstwirtschaft macht das Wort vom „Kriegssozialismus“ nun auch auf diesem Gebiete zur Wahrheit. Die Kriegsnot zwang ja schon genugsam zu ungemein tiefen staatlichen Eingriffen in das Leben eines jeden Bürgers und seine persönliche, seine innere und äußere Lebenshaltung erscheint durch unzählige Vorschriften vom Staate geleitet, beeinflusst, gehemmt. Dabei spielt es wahrlich keine Rolle mehr, ob die eine oder die andere Maßnahme sich bewährt oder nicht. Bei den Unzulänglichkeiten aller menschlichen Einrichtungen und den besonderen Schwierigkeiten der Kriegszeit war es unvermeidlich, daß solcher Kriegssozialismus schweren materiellen wie auch menschlichen Hemmungen begegnete. In dem Falle der angebahnten und beabsichtigten Kinoverstaatlichung aber ist es höchst interessant zu sehen, wie die Besitzergreifung von einer durchaus neuen Seite erfolgt und ihre Einwirkungen vorzuprüfen, kann nicht früh genug unternommen werden.

Die Gemeinwirtschaft der Lebensmittelversorgung z. B. hemmte wohl das freie Spiel der Kräfte auf Seite des Herstellers, wie auch auf Seite des Verbrauchers. Der Ver-

mittler hingegen, das ist der Kleinhändler und der Gastwirt, sie wurden mit einemmale sozusagen Beamte in diesem kriegssozialen Organismus. Nur das blieb ihnen zu vermitteln frei, was die staatliche Verfügung ihnen beließ. Die Vermittlungsbedingungen wieder richten sich selbst bei den vorhandenen und erlaubten Erzeugnissen und Produkten nach Höchstpreisen, nach Quantitäten, nach Zeiträumen, nach bezugsberechtigten Verbrauchern usw. Auch bei der Verstaatlichung der Kinos erscheint die Konzessionierung schließlich nur als ein vorbereitender Schritt zur Rationierung des Kinogewerbes überhaupt. Aber während der Staat es wohlweislich unterlassen hat, die Gastwirtschaften, die Lebensmittelhandlungen usw. in eigenen Betrieb zu nehmen, weil ja schon die Rationierung für einen Ausgleich zwischen Verkaufsstelle und Kundschaft sorgte, tut es der Staat mit Vorbedacht beim Kino. Er verstaatlicht, er verstaatlicht, er konzessioniert das Kino als Verkaufsstelle, als Vermittlungsstelle der Filmproduktion, indem er zugleich der Herstellung der Filmkunstzeugnisse alle ihre bisherigen Freiheiten beläßt.

Man wird später davon absehen, vorzuschreiben, wieviel Brot der Einzelne essen, wieviel Anzüge er tragen, wieviel Kohle er verheizen darf. Man wird aber auch dafür sorgen, daß die Heranschaffung von derlei Produkten so lange in der Hand oder unter der Aufsicht des Staates bleibt, als die Gefahr wucherischer Auswüchse noch besteht. Das ist heute eine Wald- und Wiesenweisheit. Beim Kino-

gewerbe befürchtet die Regierung solche wucherische Auswüchse nun keineswegs auf dem Felde der Preise, sondern sie erblickt die Gefahr anscheinend in der Qualität der Film-erzeugnisse. Die Filmzensur muß also wohl nicht die geeignete Vorbeugungsmaßregel gewesen sein. Sehr begreiflich. Die Filmzensur ist und bleibt eine hinterher anzuwendende Wissenschaft und die Vertreter dieser Wissenschaft können sich nur an dem schon vorhandenen Material jeweils bilden. Das Filmmaterial wird die Regierung in Zukunft in erster Linie daraufhin interessieren, ob genügende und brauchbare Propagandafilme erzeugt und gezeigt werden. Dieser Hauptpunkt, neben dem Interesse der staatlichen und städtischen Kinoverwaltungen für Filme belehrender Gattung, ist erwiesen. Ob er nicht auf anderem, auf einfacherem Wege hätte verwirklicht werden können? Etwa durch den Zwang, eine gewisse Dauer der Spielzeit solchen Filmen, solchem Publikum einzuräumen?

Lassen wir diese Frage unbeantwortet, so bleibt die Hauptfrage dessen ungeachtet in ihrer ganzen Bedeutung offen: Was beginnt die Filmindustrie mit verstaatlichten, mit städtischen Kinos? Wie steht sie den Kinotheatern, ihren bisherigen Kunden gegenüber, da sie doch — eben durch den Konzessionszwang — stets in der Lage ist, die Zahl ihrer Abnehmer, also die Zahl der Kinotheater ebenso

genau berechnen zu können wie die Art des Bedarfes? Es ergibt sich unzweifelhaft, daß der staatliche Eingriff in die Filmvolkskunst auch dann eine ungeheuer bedeutungsvolle Beeinflussung der Produktion bedeutet, wenn sich der Eingriff bloß auf die Vorführungsstätten, bloß auf die Kinos erstreckt. Denn die Eigenerzeugung von Filmen in jedem Kulturstaate ist heute so groß, daß der Außenhandel, der Export, das Rückgrat dieser Eigenerzeugung ist und bleibt. In Ländern, wo der Staat diese Volkskunst nicht durch Eingriffe hemmt, dort kann sie sich nach jeder Richtung hin entwickeln, sie kann konkurrenzfähig bleiben. Der deutsche Filmfabrikant nun wird sich schwerlich bereit finden, lediglich dem momentanen Interesse des eigenen Staates, dem Bedarf der staatlichen Kinos alle Kraft, allen Geist, alles Kapital zu widmen. Dazu ist der Bedarf des Staates viel zu gering, sein Interesse viel zu beschränkt. Die Filmkunst wird sich die Quellen nach außen, nach hüben und drüben und nach Uebersee offen halten; wir aber werden haben, was wir verdienen: ein deutsches Kino. Der Kinobesitzer wird zum ausführenden Organ der Regierung. Das ist ein Amt, um das man ihn so wenig beneiden muß, wie man heute den Gastwirt und den Klein- händler beneidet, die auch nichts anderes geworden sind.

Poldi Schmidl.



## Deutschland und wir.\*)

Von Generaldirektor Leo Mandl.

Vielleicht wird manchem die Erörterung einer heiklen Frage in diesem Zeitpunkt gerade nicht genehm erscheinen, vielleicht wird es viele in der Branche geben, die jetzt lieber über ein Thema hinweggleiten wollten, das, im Augenblick angeschnitten, sie nicht für zeitgemäß oder überhaupt gegenwärtig zu besprechen für müßig halten. Da es aber gilt, in allen Fragen, die die heimische Film- industrie betreffen, klar zu sehen, und aufrichtig darüber zu sprechen, um sie einer zweckmäßigen Lösung zuzuführen, so ist es wohl am Platze, sich jetzt auch mit der Frage: „Deutschland und wir“, besser gesagt: „Deutschland oder wir“, zu befassen.

Es sei gleich vorweg genommen: Die schlechteste Politik wäre es heute von der deutschen Filmindustrie, wenn sie der kräftig emporblühenden und schon in ihren Anfängen vielversprechenden österreichisch- ungarischen Filmindustrie Hindernisse für ihre Entwicklung in den Weg legen würde. Wir sind gegenwärtig von Deutschland abhängig, sowohl was Rohfilme als auch was belichtete Filme anbelangt. Denn Deutschland ist heute beinahe das einzige für uns offene Land, welches das fabrizieren kann, was wir brauchen. Und wenn die deutschen Filme in unseren Kinotheatern gespielt werden, so geschieht dies nicht deshalb, weil die deutschen Filmfabrikate bei uns so beliebt sind, sondern nur deshalb, weil für die Kinotheater andere Fabrikate jetzt nicht erreichbar sind! Rein äußerlich ist so bereits erkennbar, daß die österreichisch-ungarische und die deutsche Filmindustrie nebeneinander Faktoren, gleichwertige Faktoren auf dem Markte sind, auf dem heute beschränkten, und so läßt sich auch leicht erkennen, daß auf dem künftigen größeren Markte diese Faktoren mit gesteigerter Bedeutung wieder in gleichem Maße zu finden sein werden.

Es ist darum meines Erachtens an der Zeit, daß die österreichisch-ungarische und die deutsche Filmindustrie nun einen Weg und eine Form finden, um in ein innigeres

Verhältnis zueinander zu treten, das sich zu einem Wirtschafts- bund der österreichisch-ungarischen und reichs- deutschen Filmindustrie nach dem Kriege zu gestalten vermag. Es muß alles versucht werden, daß sich unsere und die deutsche Filmindustrie gegenseitig stärkt und unterstützt. Unleugbar steht ja die Tatsache fest, daß im allgemeinen die deutsche Industrie auch nach dem Kriege unter keinen Umständen des österreichisch-ungarischen Absatzgebietes wird entbehren, daß sie ohne dieses einfach nicht existieren können. Darum wäre es ein grober Fehler, wenn Deutschland seine heutige Stärke zuungunsten der österreichisch-ungarischen Industrie ausnützen wollte. Es wäre ein wirtschaftlicher Fehler sondergleichen, der spätere sich kaum wieder beseitigen oder verbessern ließe und für das Deutsche Reich von Folgen begleitet wäre, die nicht zum Wohle der deutschen Friedens- wirtschaft bestimmt sein könnten.

Deutschland muß heute größten Wert darauf legen, daß der ihm verbündete Staat Oesterreich-Ungarn in dem gleichen Maß an Stärke gewinnt als das Deutsche Reich seine Wirtschaft befestigt. Deutschland muß bestrebt sein, dem verbündeten Reich die Möglichkeit zu bieten, sich gleichfalls so zu kräftigen, daß seine Industrie ihm in dem wirtschaftlichen Kampf der Zukunft, sowie in dem jetzigen Waffenkampf, auf dem Weltmarkt als ebenso starker Faktor beistehen kann. Deutschland muß der öster- reichisch-ungarischen Industrie die Möglichkeit bieten, sich auszubreiten und an Kraft und Routine für den kommen- den Kampf zu gewinnen. Zweifellos wird es nach dem Krieg auch einen schweren wirtschaftlichen Kampf in der Film- industrie geben. Selbst dann, wenn hohe Schutzzölle ein- geführt werden, wird dieser Kampf ein schwerer sein, denn sie werden nicht verhindern, daß man von dorthier Filme beziehen wird, wo solche erzeugt werden, die dem Ge- schmacke am besten entsprechen, und woher zu beziehen die wirtschaftlichen Interessen den Besteller bestimmen werden.

Deutschland müßte uns (wie es jetzt unzureichend geschieht) mit genügend Rohmaterial versorgen, damit unsere Fabrikation sich entsprechend erweitern kann,

\*) Wir entnehmen diesen sehr beachtenswerten Aufsatz des auch in Deutschland hochgeschätzten Herrn Generaldirektor Leo Mandl aus Nr. 1 der vom Bunde der österreichischen Kinoindustriellen begründeten Fachzeitschrift „Der Filmbote“.